



Motionenbericht 2006

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate

a) Motionen

1 Neuer Teilplan Verkehr

erheblich erklärt am 3. April 2001; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

Der „Teilplan Verkehr“ wird Teil des neuen Richtplanes darstellen, der gemeinsam für die Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft ausgearbeitet wird. Gleichzeitig wird auch das städtische Planungsreglement revidiert.

Zur gleichen Thematik gehören die Motionen „Erschliessung der Bauzonen“ (Nr. 2) und „Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen“ (Nr. 3) sowie die Postulate „Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn“ (Nr. 11), „Zukunft dank Tram“ (Nr. 19), „Klipp Klappe zu!“ (Nr. 20) und „Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen“ (Nr. 25). Diese Parlamentsaufträge werden in die nun beginnende materielle Erarbeitung des kommunalen Richtplanes integriert.

Mit seiner Vorlage vom 29. März 2006 an das Stadtparlament, der auch eine Situationsanalyse und die „Grundzüge für die räumliche Entwicklung“ beigelegt sind, hat der Stadtrat das weitere Vorgehen für die Ausarbeitung des Richtplanes dargelegt. Nach der Beschlussfassung des Stadtparlamentes und der Erteilung des nötigen Kredites werden die Planungsarbeiten auf rund 1 ½ Jahre veranschlagt.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.



2 Erschliessung der Bauzonen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadt wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglements ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.

3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.

4 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren

erheblich erklärt am 19. März 2002; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadtrat wird beauftragt, für die zu schützenden Objekte aus dem Inventar der schützenswerten Bauten 1920 – 1970 und gleichzeitig auch aus den Inventaren der schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt sowie der schützenswerten Bauernhäuser eine Schutzverordnung zu erlassen.

Der Motionsauftrag verlangt, dass die bisherigen Inventare für die schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt und die Bauernhäuser sowie das vorgesehene Inventar für die neueren Bauten 1920 - 1970 in eine rechtsverbindliche Schutzverordnung umgesetzt werden. Die Inventare waren nicht grundeigentümerverbindlich und hatten keine Rechtswirkung, die neue Schutzverordnung hingegen wird als rechtsetzender Erlass direkt grundeigentümerverbindlich sein. Dieser höhere rechtliche Anspruch, aber auch das Alter der bestehenden Inventare von rund 25 Jahren bedingten eine umfassende Überprüfung und Neuerarbeitung der Grundlagen. Diese müssen den Anforderungen genügen, die in einem späteren Einsprache-



Rekurs- oder Beschwerdeverfahren für die Unterschutzstellung eines bestimmten Objektes gelten werden.

Der Stadtrat hat im Oktober 2004 den Auftrag und den Kredit für diese Gesamtüberprüfung und Neuerarbeitung erteilt. Die sehr umfangreichen Arbeiten, die eine Prüfung und Bewertung aller über sechshundert Schutzobjekte im Stadtgebiet ausserhalb der Altstadt umfassten, sind nun zur Hauptsache abgeschlossen. Der Stadtrat wird den Entwurf für die Schutzverordnung demnächst beraten und zu Händen der öffentlichen Auflage verabschieden. Diese Auflage mit der Einsprachemöglichkeit der betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie der dazu legitimierten Organisationen (v.a. Heimatschutz) ist noch für dieses Jahr geplant. Dabei kann sowohl gegen die Aufnahme wie auch gegen die „Nichtaufnahme“ eines Objektes in die Schutzverordnung Einsprache und später Rekurs bzw. Beschwerde erhoben werden. Angesichts der grossen Zahl der Objekte - mehrere Hundert - und der weitreichenden Wirkungen einer Unterschutzstellung bzw. eines Verzichtes auf Schutz ist realistischlicherweise mit einer sehr grossen Zahl von solchen Rechtsmittelverfahren zu rechnen.

Die Schutzverordnung kann aufgrund der rechtlichen zwingenden Abläufe dem Stadtparlament erst nach der Durchführung der Einspracheverfahren vorgelegt werden. Eine zeitliche Festlegung für die Dauer dieser voraussichtlich zahlreichen und zeitaufwendigen Verfahren ist derzeit unmöglich.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.

5 Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte

erheblich erklärt am 24. Juni 2003; Fälligkeit 24. Juni 2006

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie er die Parkplatzbewirtschaftung für das Personal der städtischen Verwaltung und der Lehrkräfte durchführen möchte.

Der Grosse Gemeinderat hat im Rahmen der Teilrevision des Personalreglements (Nachtrag XI, Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 21. September 2004, Nr. 5102) Art. 48 des Reglements im Zusammenhang mit der vorgesehenen Parkplatzbewirtschaftung um den Zusatz „Parkplatzbenützung“ im Randtitel ergänzt. Das Parlament hat damit die notwendige Rechtsgrundlage geschaffen, damit der Stadtrat ein entsprechendes Reglement zur Parkplatzbewirtschaftung erlassen kann.

Die Inventarisierung der Parkierungsmöglichkeiten bei den Verwaltungsgebäuden und vor allem bei den Schulbauten war sehr aufwändig und hat mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant. In der Zwischenzeit konnten die Vorarbeiten



weitestgehend abgeschlossen werden. Nach Durchführung der Vernehmlassung bei den Verbänden, Dienststellen und den Schulleitungen sowie nach Umsetzung der notwendigen Signalisationen ist vorgesehen, das vom Stadtrat zu erlassende Reglement über die Parkplatzbewirtschaftung 2007 in Kraft zu setzen.

Mit dem neuen Reglement wird die Parkplatzbenützung für das städtische Personal und die Lehrerschaft nach Massgabe des Benutzungszweckes gebührenpflichtig. Grundsätzlich hat niemand gegenüber der Stadt einen Anspruch auf Zuteilung oder Benutzung eines Parkplatzes für Motorfahrzeuge. Sofern ein Parkplatz zur Verfügung gestellt werden kann und der Zweck ausschliesslich dienstlich ist, besteht keine Entschädigungspflicht, ist er teilweise dienstlich, besteht eine anteilmässige, ist er nicht dienstlich, besteht eine volle Entschädigungspflicht. Es ist vorgesehen, die Höhe der Benutzungsgebühren in Anlehnung an die Gebühren der Erweiterten Blauen Zone (EBZ) festzusetzen. Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten wird darauf geachtet, dass für Mitarbeitende mit Behinderung, welche auf ein Motorfahrzeug angewiesen sind, Parkmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um 1 Jahr zu verlängern.

6 Partizipations-Reglement

erheblich erklärt am 27. April 2004; Fälligkeit 27. April 2007

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat Bericht und Antrag für ein Partizipationsreglement vorzulegen.

Die Bearbeitung ist weitgehend abgeschlossen. Die Vorlage wird dem Stadtparlament voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2006 unterbreitet.



b) Postulate

7 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes

erheblich erklärt am 19. Mai 1998; Fälligkeit 1. Juli 2006

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Stellung zu nehmen sowie allenfalls ein Konzept auszuarbeiten, wie der Marktplatz, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes, besser genutzt und neu gestaltet werden kann.

Im Rahmen einer Interpellationsantwort zur Thematik der geplanten Parkgarage Marktplatz hat der Stadtrat eingehend Auskunft auch über das weitere Vorgehen gegeben. Derzeit werden die Rahmenbedingungen für die vorgesehene Durchführung eines Wettbewerbes über die Neugestaltung des gesamten Platzbereiches erarbeitet, dazu gehören die Parkierung, die künftigen Nutzungsvorstellungen, die Marktsituation und die weiteren verkehrlichen und städtebaulichen Aspekte. In diese Konzeption integriert werden auch Verbesserungen für die öffentlichen Verkehrsmittel, vor allem in Bezug auf die Haltestellen. Dem Stadtparlament wird der Postulatsbericht entsprechend der Ankündigung in der Interpellation noch dieses Jahr unterbreitet.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um 1 Jahr zu verlängern.

8 Kulturplatz am Stadtpark

erheblich erklärt am 22. Juni 1999 in der Form eines Postulates mit folgendem geändertem Wortlaut; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

Mit dem Projekt für die Erweiterung der Parkgarage Unterer Brühl konnte die neue Ein- und Ausfahrt Torstrasse erstellt werden, die nun die Ausfahrt Museumstrasse ersetzen kann. Mit der Aufhebung dieser Ausfahrt ist eine erste Forderung des Postulates erfüllt und eine wesentliche Verbesserung der verkehrlichen Situation erreicht. Der Untere Brühl wird im Bereich der Tiefgaragenerweiterung ebenfalls neu gestaltet. Ein „Masterplan“ für die Freiraumgestaltung im ganzen Gebiet liegt vor,



darauf basieren wird nun die neue Gestaltung des Bereiches vor der Tonhalle, der Museumstrasse und des „Kulturplatzes“ vorbereitet. Diese Planung ist im Gange.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um 1 Jahr zu verlängern.

9 Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 29. Juni 2007

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Die Federführung und die Koordination für eine solche Schutzverordnung muss beim Kanton liegen, da ein Schutz für das Goldacher Tobel nur gesamthaft für den ganzen Flusslauf östlich der Stadt mit Einbezug aller betroffenen Gemeinden Sinn macht. Der Kanton hat im September 2001 zu einer Informations- und Startveranstaltung eingeladen, seither aber keine weiteren Aktivität in dieser Sache mehr gezeigt. Auf regelmässige Rückfragen seitens der Stadt wird jeweils vom zuständigen Kantonsforstamt auf mangelnde Kapazitäten verwiesen. Die letzten Nachfragen ergaben, dass in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, dass der Kanton die Arbeiten für die Schutzverordnung in Angriff nimmt.

Der Stadtrat muss nun seit fünf Jahren in der Berichterstattung über das Postulat auf die Kapazitätsprobleme beim Kanton verweisen. Eine Änderung ist nicht in Sicht. Der Stadtrat schlägt deshalb vor, das Postulat nun abzuschreiben. Selbstverständlich bleibt die Zielsetzung einer Unterschutzstellung des Goldach Tobel weiter bestehen. Die Stadt wird bei den regelmässigen Kontakten mit dem Kanton weiterhin auf dieses Thema hinweisen und auch die Bereitschaft zur Mitarbeit zeigen, sollte ein solches Projekt doch noch angegangen werden.

Es wird beantragt, das Postulat als erledigt am Protokoll abzuschreiben.

10 Oberirdische Fussgänger Verbindung vom Bohl zum Kulturviertel

erheblich erklärt am 20. November 2001; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie im Bereich Brühltor / Torstrasse ein oberirdischer Fussgängerübergang verwirklicht werden kann.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates vom 25. April 2006 verwiesen.



11 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn

erheblich erklärt am 26. November 2002; Fälligkeit 26. November 2005

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.

Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.

12 Rollerpark für Skater

erheblich erklärt am 25. November 2003; Fälligkeit 25. November 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wo und wie ein Rollpark für Skater, Inliner und BMX-ler realisiert werden kann.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates vom 25. April 2006 verwiesen.

13 Deutsch – kein Hindernis mehr für die Berufswahl

erheblich erklärt am 23. November 2004; Fälligkeit 23. November 2006

Der Stadtrat wird gebeten, einen kurzen, in den entscheidenden Punkten griffigen Kurzbericht zu verfassen, in dem die Machbarkeit, die daraus erwachsenden Chancen, sowie die ersten finanziellen Aufwendungen grob zu ermitteln sind.

Das Postulat ist in Bearbeitung. Der Postulatsbericht wird dem Parlament innert Jahresfrist unterbreitet.

14 Eignungsprüfung vor Schuleintritt

erheblich erklärt am 15. Februar 2005; Fälligkeit 15. Februar 2007

Der Stadtrat wird eingeladen aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden müssen, selber ergriffen werden können und wie die Differenz zwischen „müssen und können“ geschlossen werden kann, um einen fairen Schulstart zu fördern. Zudem soll er aufzeigen, welche finanziellen Konsequenzen ein solches Förderprogramm nach sich zieht, aber auch, wie viel Einsparpotential man dank verbesserter Integration und besserer schulischer Leistungen mittel- bis langfristig erwarten könnte.



Es wird auf die Vorlage des Stadtrates vom 6. April 2006 verwiesen.

15 Aufbau und Unterstützung der Förderangebote im Vorkindergartenalter

erheblich erklärt am 15. Februar 2005; Fälligkeit 15. Februar 2007

Der Stadtrat wird eingeladen aufzuzeigen,

- 1) wie er bestehende Frühförderungs- und Frühintegrationsangebote fördern, unterstützen und erweitern will
- 2) wie er (in Zusammenarbeit mit Ausländerorganisationen) wenig integrierte Familien dazu bringen kann, diese Angebote zu nutzen.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates vom 6. April 2006 verwiesen.

16 Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 15. März 2005; Fälligkeit 15. März 2007

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen, wie er künftig eine wirksamere Aufgabenerfüllung und einen wirtschaftlicheren Mitteleinsatz in einer stärkeren Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden angehen will.

Die Stadt St.Gallen arbeitet zum Teil seit Jahrzehnten auf verschiedenen Gebieten effizient und effektiv mit Gemeinden der Region zusammen, so bspw. auf dem Gebiet der Versorgung und der Entsorgung, im Bereich der Schule, der Feuerwehr und des Zivilschutzes. Diese bereichsbezogene Zusammenarbeit hat sich vor allem bei Pflichtaufgaben bewährt. Eine Kooperation besteht heute zum Teil aber auch im Bereich des Wahlbedarfs, etwa in der Genossenschaft Konzert und Theater, wo die Gemeinden aktiv beteiligt sind und einen Vertreter im Verwaltungsausschuss delegiert haben. Auch die massgebliche Mitwirkung von Persönlichkeiten aus der Region in den grossen St.Galler Kulturinstitutionen ist Ausdruck eines wachsenden regionalen Bewusstseins. In den einzelnen Kantonen bestehen unterschiedliche Formen regionaler Zusammenarbeit; sie reichen von projektorientierter freiwilliger über bereichsübergreifende, institutionalisierte bis zur gesetzlich geregelten bereichsübergreifenden Zusammenarbeit. Im Kanton St.Gallen ist der Agglomerationsentwicklungsprozess erst in Gang gekommen. Im Rahmen eines Projektes „Plattform Region“ läuft auf kantonaler Ebene vorerst die Diskussion um sinnvolle Perimeter für eine umfassende Zusammenarbeit in den einzelnen Regionen des Kantons und um eine entsprechende Steuerungsebene, welche die Zusammenarbeit koordiniert. Als sinnvolle Grösse erscheint die Region St.Gallen/Rorschach. Ein erstes auf diesen Raum bezogenes Projekt ist das Agglomerationsprogramm St.Gallen-Rorschach, welches sich primär mit der Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung befasst.



17 Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen

erheblich erklärt am 26. April 2005; Fälligkeit 26. April 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls mit welchem Inhalt mit der Stiftung St.Galler Museen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen sei.

Die Formulierung einer Leistungsvereinbarung ist in Aussicht gestellt worden für einen Zeitpunkt, in welchem die angestrebte Einbindung des Kantons im Museumsbereich verbindlicher in Aussicht steht. Vorgesehen war, in je einer Arbeitsgruppe räumliche und strukturelle Fragen zu behandeln, sinnvollerweise unter Einbezug des Kantons, welcher im Bericht „Stand und Perspektiven der st.gallischen Kulturpolitik“ vom 2. Dezember 2003 ein verstärktes Engagement im Museumsbereich in Aussicht genommen hatte. Anfangs März 2006 hat der Kanton die Absicht publiziert, in Weiterentwicklung des heutigen Kunstmuseums ein Kunsthaus unter kantonaler Führung zu errichten. Ein umfassendes Vorprojekt, in welches auch Fachleute der Museen und Vertreter der Stiftung St.Galler Museen einbezogen werden sollen, startet Mitte 2006. Wenn der Kanton bei der Kunst einen Schwerpunkt setzt, muss das zur Folge haben, dass die Stadt bei den verbleibenden Kulturaufgaben entlastet wird. So muss sie im Bereich Naturmuseum und Historisches und Völkerkundemuseum über die Mittel verfügen, diese Institutionen auf einem guten Niveau zu betreiben.

18 Zukunft dank Tram

erheblich erklärt am 28. Juni 2006; Fälligkeit 28. Juni 2007

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen des Richtplans zu den verschiedenen Aspekten einer Tramlösung für St.Gallen Bericht zu erstatten.

Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.

19 Klipp Klappe zu!

erheblich erklärt am 28. Juni 2005; Fälligkeit 28. Juni 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie der öffentliche Raum im Gebiet Bohl/Marktplatz/Blumenmarkt/Taubenloch neu gestaltet und genutzt werden kann und wie mit Bezug auf den Markt weiter vorzugehen ist.

Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.



Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.

20 Fragen betreffend Vergnügungssteuer in der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 20. September 2005; Fälligkeit 20. September 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten:

1. wie und wo das Geld aus der Vergnügungssteuer eingesetzt wird;
2. wieso St.Gallen als einzige Gemeinde im Kanton an der Vergnügungssteuer festhält, obwohl wir finanziell besser dastehen als etliche andere Gemeinden;
3. wie mit der Vergnügungssteuer verfahren wird, wenn der NFA vollzogen wird;
4. wie lange es seiner Meinung nach noch dauern wird bis der NFA vollzogen ist.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

21 Schulraumplanung sowie Einsatzplanung der Lehrkräfte inkl. Kindergarten

erheblich erklärt am 27. September 2005; Fälligkeit 27. September 2007

Der Stadtrat wird eingeladen aufzuzeigen,
wie sich die Entwicklung der Schülerzahl insbesondere auch in der Innenstadt aufgrund des vorhandenen Datenmaterials in den nächsten Jahren entwickeln wird;
welche Massnahmen vorgesehen sind, um mit einem weitergehenden Rückgang der Schülerzahl umzugehen;
welche Qualitätsverbesserungen geplant sind, um die Schulen in der Stadt aufzuwerten. Dies können z.B. bauliche Massnahmen sein, um heutigen Standards zu genügen, sichtbare Schwerpunkte pädagogischer Art oder Tagesschulen;
ob allenfalls Schulhäuser geschlossen werden oder ob die Quartiergrenzen, die schon immer fliessend waren, was die Schulhauseinteilung betrifft, sinnvoll verändert werden können.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

22 Wie weiter mit unseren Sozialausgaben?

erheblich erklärt am 27. September 2005; Fälligkeit 27. September 2007

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, wie sich die verschiedenen Kosten im Sozialbereich zusammensetzen, wie er mit den steigenden Kosten umgehen will, welches Sparpotenzial im Sozialbereich möglich wäre, welche Schritte notwendig sind, um den innerkantonalen Soziallastenausgleich zu erwirken.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.



23 Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 15. November 2005; Fälligkeit 15. November 2007

Der Stadtrat wird eingeladen, auf der Grundlage des neuen Richtplans über die Situation des Fusswegnetzes in der Stadt St.Gallen Bericht zu erstatten und Verbesserungsmassnahmen aufzuzeigen.

Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um 2 Jahre zu verlängern.

24 Tagesschulen, Tageskindergärten

erheblich erklärt am 22. November 2005; Fälligkeit 22. November 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu erstatten, wie die Tagesstrukturen in der Stadt so ausgelastet werden können, dass sie auch den Bedürfnissen voll berufstätiger Eltern genügen.

Das städtische Modell von Tagesstrukturen sieht Blockzeiten mit Mittagstisch und familienergänzender Betreuung vor. Das Pilotprojekt „Erweiterte Blockzeiten für Kindergarten und Primarschule“ läuft noch bis Ende des Schuljahres 2006/2007, wird aber bereits Ende des laufenden Schuljahres evaluiert. Die Evaluationsergebnisse werden Grundlage für den Entscheid sein, ob in allen Kindergärten und Primarschulen erweiterte Blockzeiten eingeführt werden. Darüber wird das Stadtparlament beschliessen. Dieser Entscheid wird massgeblich die Beantwortung der Frage beeinflussen, in welchem Masse bestehende Freiwillige Schulhausangebote ausgebaut und neue geschaffen werden sollen. Erst wenn ein Entscheid zu erweiterten Blockzeiten in der Stadt St.Gallen vorliegt, kann das Postulat weiter bearbeitet werden.

25 Verlängerung der Buslinie 2 und Erstellung der S-Bahnhaltestelle „Hinterberg“ & „Güterbahnhof“

erheblich erklärt am 14 Februar 2006; Fälligkeit 14. Februar 2008

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie und wann eine Verbesserung für die neuen Wohn- und Arbeitsplatzgebiete Hechtacker/Bernhardswies, Hinterberg und Güterbahnhof erreicht werden kann.

Die Abklärungen sind im Gange, teilweise stehen sie auch im Zusammenhang mit der Richtplanung.



26 Zukunftsperspektiven des städtischen Haushaltes

erheblich erklärt am 21. März 2006; Fälligkeit 21. März 2008

Der Stadtrat wird eingeladen, im Hinblick auf das Budget 2008 Bericht zu erstatten über die zu erwartenden Auswirkungen finanzpolitischer Entscheide auf kantonaler Ebene (Finanzausgleich, Steuergesetzrevision) und darzulegen, wie die in den Legislaturzielen genannten Leistungs- und Finanzziele unter den neuen Gegebenheiten erreicht werden können oder ob und in welchem Umfang diese angepasst werden müssen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

27 Talschulen – Bergschulen

erheblich erklärt am 21. März 2006; Fälligkeit 21. März 2008

Der Stadt wird gebeten, Bericht zu erstatten wie er verhindern will, dass das schulische Niveau von Berg- und Talschulhäusern weiter auseinander driftet. Er wird ersucht, insbesondere die folgenden Gesichtspunkte darzustellen: gleiche Chancen für alle; Frühförderung in Deutsch; Vernetzung mit den Integrationsbemühungen der Stadt; Lösungsmöglichkeiten durch Umverteilung von Lektionen (ISF), Poolbeiträgen, Schulleiterentlastungen, etc.; Controlling; finanzielle Konsequenzen; vertrauensbildende Massnahmen für die Bevölkerung.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Anträge

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:

- Nr. 1 Neuer Teilplan Verkehr um 2 Jahre
- Nr. 2 Erschliessung der Bauzonen um 2 Jahre
- Nr. 3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) – Basis für Direktzahlungen um 2 Jahre
- Nr. 4 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren um 2 Jahre
- Nr. 5 Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte um 1 Jahr
- Nr. 7 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes um 1 Jahr
- Nr. 8 Kulturplatz am Stadtpark um 1 Jahr
- Nr. 11 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn um 2 Jahre
- Nr. 18 Zukunft dank Tram um 2 Jahre



Nr. 19 Klipp Klappe zu um 2 Jahre

Nr. 23 Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen um 2 Jahre

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

